

<b>Protokoll:</b>	<b>Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	14
		<b>TOP:</b>	6
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	916/2016
		<b>GZ:</b>	
<b>Sitzungstermin:</b>	13.02.2017		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BMin Fezer		
<b>Berichterstattung:</b>	die Vorsitzende, Frau Dr. Heynen (JugA)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Kappallo / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>Entwicklung der Kindertagesbetreuung in Stuttgart Jahresbericht 2016</b>		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Jugend und Bildung vom 18.01.2017, GRDRs 916/2016. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigelegt.

BMin Fezer unterrichtet einfühend, Zielsetzung der Vorlage sei es, den Gemeinderat umfassend über die Entwicklung der Kindertagesbetreuung, insbesondere auch in den einzelnen Bezirken, zu informieren. Hierbei handle es sich um den Jahresbericht 2016. Seit 2008 seien rund 3.700 zusätzliche Plätze geschaffen worden, das bedeute jährlich rund 460 Plätze im Durchschnitt. Allein zwischen 2015 und 2016 seien 640 Plätze entstanden. Nach Umsetzung der beschlossenen Vorhaben werde sich der statistische Versorgungsgrad - auf Grundlage der aktuellen Kinderzahlen - auf ca. 55,6 % erhöhen. Der Versorgungsgrad für die 1- bis unter 3-Jährigen könnte dann bereits auf ca. 84 % ansteigen. Der zentrale Wartelistenabgleich 2016 bestätigte das erforderliche Versorgungsziel von 62 % in Stuttgart. Im Altersbereich 3 bis 6 Jahre könne durch die bereits beschlossenen Maßnahmen der statistische Versorgungsgrad - unter Berücksichtigung der voraussichtlich weiteren Entwicklung der Kinderzahlen - mit 104,7 % gehalten werden. Auch bei der Versorgung von Flüchtlingskindern konnte in relativ kurzer Zeit eine deutliche Verbesserung erreicht werden (Anlage 1, Kapitel 2, Seite 15). Von den in den Flüchtlingsunterkünften lebenden ca. 510 Kindern im Alter von 3 bis 6 Jahren werden in Tageseinrichtungen rund 380 Kinder betreut, informiert die Vorsitzende. Dies entspreche ca. 74 % der Flüchtlingskinder. Seit Januar 2016 habe sich die Zahl der betreuten Kinder damit deutlich erhöht (Stand Januar: 160 betreute Kinder bzw. ca. 33 % der Flüchtlingskinder). Weitere Maßnahmen für den hohen Bedarf in Stuttgart-Nord seien in Umsetzung, wie die dreigruppige Kita im Bürgerhospital-Gebäude 3. Trotzdem sei es

so, dass nicht allen Kindern in Stuttgart ein Kitaplatz angeboten werden könne. Dies liege nicht nur an der gestiegenen Kinderzahl, äußert BMin Fezer. Gründe hierfür seien in erster Linie der Fachkräftemangel, der dazu führe, dass nicht alle geschaffenen und eigentlich vorhandenen Plätze zeitnah belegt werden könnten. Die Versorgungssituation für Kleinkinder habe sich sukzessive deutlich verbessert, wenn auch nicht so schnell, wie es wünschenswert wäre.

StRin Ripsam (CDU) stellt fest, dass rund 3.500 Kinder auf den Wartelisten stehen, die nicht versorgt werden könnten. Sie bezieht sich auf die Vorlage und bemerkt, die Verwaltung könnte weiteren 450 Kindern einen Kitaplatz anbieten, wenn alle Personalstellen besetzt werden könnten. In der Folge interessiert sie, wie viele Räumlichkeiten aus den genannten Gründen in Stuttgart leer stünden. BMin Fezer sagt eine Nachlieferung der Zahlen per E-Mail zu.

Zum Wartelistenabgleich lobt StRin Ripsam die angedachten Verbesserungen, die innerhalb der Vorlage genannt werden. Darüber hinaus bittet sie bei der Umwandlung der Horte behutsam vorzugehen und funktionierende Strukturen noch beizubehalten. Die Vorsitzende bemerkt, wenn die Kinderbetreuung in Ganztagesstrukturen aufgebaut werde, müsse auf der anderen Seite abgebaut werden. Es sei nicht leistbar, Doppelstrukturen, wie die Personalressourcen, aufrechtzuerhalten. Es werde allerdings nicht einfach ein Hort geschlossen, wenn es keine anderen Kapazitäten gebe. Die Schülerhäuser sollten auf einer längerfristigen Basis weitergeführt werden, meint StRin Ripsam. Sie bittet um konkrete Zahlen, wie viele Kinder in Schülerhäusern versorgt werden, und weist darauf hin, dass innerhalb der Vorlage keine Aussagen zu einem Platz-Sharing-Angebot gemacht werden. Eine weitere Ressource stelle die Kindertagespflege dar, die aktiviert werden sollte. Frau Dr. Heynen berichtet von Gesprächen mit der Caritas und dem Tageselternverein, um mögliche leer stehende Räumlichkeiten zu nutzen. Frau Wagner (JugA) ergänzt zur Schulkinderbetreuung, Informationen dazu seien auf der Seite 4 der Vorlage zu finden. Sie geht auf die Zahlen detailliert ein und fügt hinzu, letztes Jahr habe es eine Vorlage (GRDrs 331/2016) zu diesem Thema gegeben.

StR Lazaridis (90/GRÜNE) bedankt sich wie bereits seine Vorrednerin für die Qualität des Berichts und die bisher geleistete Arbeit, indem er auf die Historie des Ausbaus eingeht. Er begrüßt den Anstieg der Kinderzahl in der Landeshauptstadt Stuttgart. Als Dilemma bezeichnet er das Nichtbesetzenkönnen von Kitaplätzen aus Gründen des Fachkräftemangels. Deshalb begrüße er ausdrücklich den Ausbau der Praxisorientierten Erzieherausbildung (PIA). Bei der Flüchtlingskinderbetreuung lobt er das erreichte Ergebnis. Wie werde die weitere Unterbringung der Kinder aussehen, die vermehrt innerhalb einer Transfer-Kita betreut werden, fragt der Stadtrat nach. Weiter interessiert ihn der Schwerpunkt der nicht versorgten unter 3-Jährigen und der Kinder zwischen 3 und 6 Jahren. Zum Wartelistenabgleich erkundigt er sich nach einer zügigen Umsetzung nach der Integration der freien Träger bei diesem Verfahren.

Eine einfachere und bessere Darstellung der Entwicklung der Kitaplätze hätte sich StRin Vowinkel (SPD) innerhalb des Berichts gewünscht. Aufgrund der Dynamik sei es schwierig, so Frau Wagner, eine geeignetere Darstellung hinsichtlich der Umsetzung und der weiteren Entwicklungen, wie z. B. Schließungen, zu finden. Die Situation lasse sich nicht tagesaktuell darstellen. Auf eine weitere Frage von StRin Vowinkel nach einer möglichen Berichterstattung in den Stadtteilen erwähnt die Vorsitzende, es sei bei den vorhandenen Ressourcen des Jugendamts nicht leistbar, den Bezirksversammlungen beizuwohnen.

StRin Vowinkel schließt sich ihrem Vorredner an und betont die gelungene Leistung bei den städtischen und den freien Trägern. Für die jeweiligen Eltern sei es jedoch schwierig, wenn ihre unter 3-jährigen Kinder keinen Kinderbetreuungsplatz erhielten. Bei der Versorgung der Kinder mit Fluchterfahrung bemängelt StRin Vowinkel das Nichtheranziehen des Sozialdatenatlasses um bestimmte Bedarfe festzustellen und entsprechende Angebote mit dem Ziel der Beseitigung von Ungleichheiten zu schaffen. Der vorliegende Bericht sollte in den betroffenen Bezirken der nicht versorgten Kinder diskutiert werden, meint StRin Vowinkel.

StR Walter (SÖS-LINKE-PluS) begrüßt bei der Versorgung das bisher Erreichte und insbesondere die Verlängerung des Tarif+. Ihn interessiert die Anzahl der unbesetzten Erzieher/-innenstellen, wobei in der Folge 450 Kinder nicht betreut werden könnten. Die Vorsitzende verspricht, auch diese Zahlen per E-Mail nachzuliefern.

Die gesellschaftlichen Veränderungen macht StRin von Stein (FW) für den bestehenden Mangel an Kitaplätzen verantwortlich. Sie lobt den Ausbau, der bis jetzt gelungen sei. Den Eltern gegenüber müsste deutlich gemacht werden, dass neben dem Zuzug nach Stuttgart der Personalmangel für die fehlenden Kitaplätze verantwortlich sei. Diese Situation müsse gegenüber den Eltern, die auf einen Kitaplatz warten würden, deutlich kommuniziert werden.

StR Klingler (AfD) schließt sich seiner Vorrednerin an und bemerkt, dass man stolz sein könne, was in Richtung Ausbau alles geschaffen und geleistet worden sei. Neben Tarif+ und dem Ausbau bei PIA regt er die Imagewerbung in und an den Stadtbahnen an. Weiterhin sollte auf Bundesebene erreicht werden, dass der Erzieherberuf als Mangelberuf deklariert werde, was in der Folge eine Erhöhung der Zuschüsse mit sich brächte.

StRin Gröger (SPD) lobt die Berichterstattung und kritisiert auf der anderen Seite, dass die Bezirksbeiräte vor Ort nicht über den Personalmangel in der Kindertagesbetreuung informiert würden. Sie wünscht sich eine Fortschreibung der Wartelisten mit Blick auf den Personalmangel und im Hinblick auf die geplanten Sanierungen. Eine andere Situation, die sie für den Personalmangel verantwortlich macht, sei die "Berufsflucht" der Kinderpfleger/-innen und der Erzieher/-innen. Diese Berufsgruppen seien durch die Vielfalt an Themenstellungen und Aufgaben überlastet. Durch die gestiegenen Anforderungen müsste nicht nur finanziell nachgebessert werden, ergänzt StRin Gröger. Frau Dr. Heynen bestätigt, dass Mitarbeiterinnen aus den klassischen Frauenberufen aufgrund der finanziellen Situation ein Studium aufgreifen würden. 25 % der ausgebildeten Erzieher/-innen würden im Laufe ihres Berufslebens ein Studium beginnen. In Bezug auf die Fachkräftegewinnung, so Frau Dr. Heynen, sei sehr viel passiert. Sie nennt hierbei den Tarif+ und die Ausbildungspauschale. Aufgrund der Sanierungen gebe es leer stehende Räumlichkeiten; allerdings könne aufgrund des Sanierungsstaus die Situation entstehen, dass im Laufe der Zeit, wenn nicht saniert werden könnte, das Gebäude baufällig geworden sei, was dann sehr bedauerlich sei. Außerdem sei es für die Kinder, Eltern und das Personal attraktiver, in schönen Räumen zu arbeiten. Die Situation sei insgesamt schwierig, da das Liegenschaftsamt, das Baurechtsamt und das Hochbauamt involviert seien.

Herr Wohlfahrt begrüßt den bedarfsgerechten Ausbau und bemängelt auf der anderen Seite die hohe Zahl an fehlenden Betreuungsplätzen. Ein bedarfsgerechter Ausbau würde seiner Meinung nach einen Früh- und einen Spätdienst in den Kitas erforderlich machen. Zu der Schließung der Horte verweist Herr Wohlfahrt den Blick auf die 10- bis

14-Jährigen, die dann ohne Betreuung wären. Hier wünscht er sich eine maßvolle Vorgehensweise. Zu der Anspruchsberechtigung auf einen Betreuungsplatz fragt er nach der Anzahl der hiervon betroffenen Flüchtlingskinder. Hierzu erwähnt Frau Dr. Heynen, überproportional viele Kinder aus Flüchtlingsfamilien seien auf der Warteliste zu finden. Das liege daran, dass um die Flüchtlingsunterkünfte nicht vermehrt Kitas vorhanden seien. Es sei dadurch schwer, einen Platz nahe den Unterkünften zu finden. Zu der Einrichtung in der Tunzhofer Straße teilt die Jugendamtsleiterin mit, die Kinder werden zunächst dort aufgenommen, und im Anschluss werde individuell nach einem Kitaplatz geschaut, um die Sprachkompetenz vor dem Schuleintritt zu erhöhen. Ergänzend erwähnt Frau Wagner, unter Mitwirkung der freien Träger konnten zwischen Dezember und Januar über 37 Flüchtlingskinder mehr versorgt werden. Zu den Flüchtlingskindern ergänzt Herr Schulze-Gronemeyer, dass bei den evangelischen Trägern 115 Kinder untergebracht seien. Aus fachlicher Sicht plädiert er zunächst für eine Transfer-Kita mit dem Schwerpunkt auf Bildung.

Aus Sicht der freien Träger bringt Herr Schulze-Gronemeyer ein, die zentrale Vormerkliste werde weiterhin benötigt. Es sei nur daraus ersichtlich, ob die Bedarfszahlen stimmten und in welchen Stadtteilen Bedarfe vorlägen. Es sei sich mit den freien Trägern verständigt worden, dass einheitlich das festgelegte Verfahren KITS verwendet würde, unterrichtet Frau Dr. Heynen. Für die zentrale Platzvergabe seien rund 8.500 Eltern auf der Warteliste angeschrieben worden mit der Frage, ob diese noch einen Platz benötigen würden. 4.300 Eltern mit einem Platzbedarf hätten geantwortet. Die übrigen rund 4.200 Eltern würden erneut angeschrieben, um eine Genauigkeit bei den Plätzen zu erhalten. Auf eine Frage von StRin Ripsam erklärt die Jugendamtsleiterin, die rund 4.200 Eltern hätten womöglich einen Platz, seien umgezogen oder wollten nicht in eine städtische Kita. Frau Dr. Heynen sagt eine detaillierte Auswertung der eingehenden Rückmeldungen zu.

Bei der Personalgewinnung müsse eine Abwanderung der Fachkräfte in die Region verhindert werden, äußert Herr Schulze-Gronemeyer. Gleichzeitig müsse die Attraktivität der Stuttgarter Arbeitsplätze erhöht werden. Anreize hierfür seien der Tarif+ und der Fahrtkostenzuschuss, der allerdings noch nicht bei allen Trägern realisiert werden konnte. Eine Abwerbung untereinander könne er nicht gutheißen, da die freien Träger wie der städtische Träger die Ausbildungskapazität erhöhen würden. Die Betreuungsmöglichkeit über das Modell der Kindertagespflege sollte erneut aufgegriffen werden. Das sieht die Vorsitzende ebenso und bedankt sich für den Hinweis.

Abschließend spricht BMin Fezer für die positiven Rückmeldungen ihren Dank aus und bemerkt, die Anmeldung und Platzvergabe in Stuttgarter Kindertageseinrichtungen sei der Schlüssel, um in diesem Thema weiterzukommen. Das Jugendamt habe mit den freien Trägern ein Verfahren entwickelt, das bereits seine Wirkung zeige.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

## Verteiler:

- I. Referat JB  
zur Weiterbehandlung  
Schulverwaltungsamt (2)  
Jugendamt (27)
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. OB-PR  
Rechnungsprüfungsamt  
OB-KB
  3. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)  
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
  4. Referat T  
Hochbauamt (2)
  5. BVinnen Mitte, Nord, Ost  
BV Süd, West
  6. BezÄ Ca, Bo, De, Feu, Hed,  
Mö, Mühl, Mün, Ob, P-B, Si,  
Sta, Un, Vai, Wa, Weil, Zu
  7. L/OB-K
  8. Hauptaktei
  
- III.
  1. CDU-Fraktion
  2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  3. SPD-Fraktion
  4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
  5. Fraktion Freie Wähler
  6. AfD-Fraktion
  7. Gruppierung FDP
  8. Die STAdTISTEN